

Jetzt wächst die Abschalt-Angst um E-Auto und Wärmepumpe

Welt, 01.03.2023, Daniel Wetzel

https://www.welt.de/wirtschaft/plus244001017/Strom-rationieren-Die-Abschalt-Angst-um-Elektroauto-und-Waermepumpe-waechst.html?sc_src=email_3901289&sc_lid=393748248&sc_uid=6wM2XuDJCM&sc_lid=5595&sc_cid=3901289&cid=email.crm.redaktion.newsletter.wirtschaft&sc_eh=6aebdc2892a6c0c21

Netzbetreiber sollen die Versorgung von Wallboxen und Wärmepumpen zeitlich unbegrenzt drosseln dürfen. Verbraucherschützer, Auto- und Heizungsindustrie machen jetzt mobil gegen den Regierungsplan. Dass in dieser Sache noch ein zweites Schreiben kursiert, zeigt die Tragweite der Maßnahme.

Die Bundesregierung will es den Netzbetreibern erlauben, in Engpass-Situationen die Stromversorgung von Wärmepumpen, privaten E-Autos und Batteriespeichern zu drosseln – und zwar zeitlich unbegrenzt. Doch gegen die geplante Gesetzesnovelle hat sich jetzt ein breites Bündnis von Wirtschaftsbranchen und Verbraucherschützern gebildet.

„Überzogen und einseitig“ seien die geplanten Eingriffsrechte für die lokalen Netzbetreiber, heißt es in einem offenen Brief an den Präsidenten der Bundesnetzagentur, Klaus Müller. Zu befürchten seien „erhebliche Einschränkungen für die Verbraucher“. Unterzeichnet haben die Präsidenten und Hauptgeschäftsführer der Bundesverbände der Verbraucherzentralen (vzbv), der Automobilindustrie (VDA), der Wärmepumpen-Branche (BWP) und der Neuen Energieanbieter (bne).

Mit der geplanten Änderung des Paragraphen 14a Energiewirtschaftsgesetz würde die Bundesregierung die Grundlagen der Energiewende gefährden, warnen die Verbände. „Haushalte mit E-Autos und Wärmepumpen wären mit erheblichen Unsicherheiten konfrontiert“, warnt der offene Brief: „Eine wichtige Voraussetzung für den Einbau von Wärmepumpen und Wallboxen wäre nicht mehr gegeben.“

Eine Kaufzurückhaltung bei Elektroautos und Wärmepumpen wäre für die Energiewendeziele der Bundesregierung tatsächlich wohl verheerend. Schließlich sieht ihr Plan vor, die Zahl der verbauten Wärmepumpen in den nächsten sieben Jahren auf sechs Millionen zu verfünffachen und die Zahl der Elektroautos im selben Zeitraum auf 15 Millionen zu verfünzfzehnfachen. Beide Produkte – sowohl Wärmepumpen als auch Elektroautos – sind aktuell in der Anschaffung deutlich teurer als ihre mit fossilen Brennstoffen betriebenen Vorgänger.

Hinzu kommt, dass intelligente, digitale Stromzähler und Steuereinheiten in Deutschland noch kaum verbreitet sind – aber millionenfach vonnöten sind, wenn der Heizungssektor und der Verkehr so rasant auf Ökostrom umgestellt werden. Ob die „smart meter“ so schnell verbaut werden können, ist offen. Gleichwohl plane die Bundesnetzagentur, „dass Netzbetreiber im Fall einer drohenden Netzüberlastung diese Geräte einseitig und unbegrenzt abdrosseln dürfen“, kritisieren die Verbände.

Pop fordert von Müller, „den Notfall zu verhindern“

„Die geplante unbegrenzte Anwendungsmöglichkeit der direkten kurativen Steuerung durch den Verteilnetzbetreiber lehnen wir strikt ab“, stellt das Bündnis klar: „Eine zeitlich unbegrenzt mögliche Abregelung für private Haushalte mit steuerbaren Verbrauchseinrichtungen auf 3,7 kW und mit einem steuerbaren Anschlusspunkt auf 5,0 kW ist nicht zumutbar.“

Der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) appelliert an die Bundesnetzagentur, Alternativen zu prüfen: „Notfallmaßnahmen sind richtig. Den Notfall zu verhindern aber auch“, erklärte vzbv-Vorständin Ramona Pop: „Zeitvariable Stromtarife würden einen Anreiz setzen, um das E-Auto oder die Wärmepumpe dann aufzuladen, wenn viel Strom im Netz ist.“

Dies würde eine Überlastung der Netze vermeiden, den Netzausbau kostengünstiger machen und den privaten Haushalten Geld sparen. Die Energiewende werde „nur gelingen“, wenn die Verbraucher „sie auch annähmen“.

Die Präsidentin des Verbandes der Automobilindustrie (VDA), Hildegard Müller, riet der Politik, mögliche Engpässe im Verteilnetz schon vorab in den Griff zu bekommen. „Wenn das Laden zu Hause nur eingeschränkt möglich wäre, würden erhebliche Komforteinbußen drohen“, warnte Müller: „Das ist eine potenzielle Gefahr für das Verbrauchervertrauen, die wir schnell ausräumen müssen.“

Steuerung muss „planbar und zeitlich begrenzt sein“

Auch die Heizungsbauer fürchten um die Attraktivität der strombetriebenen Wärmepumpen, die nach dem Willen der Politik die Gastherme als Standardheizung in Deutschland ablösen soll. Zwar stieg die Nachfrage nach Wärmepumpen im vergangenen Jahr rasant um 53 Prozent auf 236.000 Geräte. Doch ist dies noch weniger als die Hälfte dessen, was ab sofort pro Jahr installiert werden muss, um auf die politische Planvorgabe zu kommen.

Martin Sabel, Geschäftsführer beim Bundesverband Wärmepumpe e.V. (BWP), stellt die Technologie als Teil der Lösung, nicht als Teil des Problems dar: „Dass eine zeitweise Abschaltung beziehungsweise Leistungsreduktion der Geräte ohne Komfortverluste funktionieren kann, zeigen die zahlreichen Wärmepumpenanlagen, die bereits heute dem Netzbetreiber die Wärmepumpe als Flexibilitätsoption zur Verfügung stellen“, erklärte Sabel. Doch auch er hat Vorbehalte gegen die Gesetzespläne: „Dennoch muss diese Form der Steuerung planbar und weiterhin zeitlich begrenzt sein.“

Habeck will Einbau intelligenter Stromzähler vorantreiben

„Der Ausbau der erneuerbaren Energien und der stärkere Einsatz von Elektroautos im Verkehrsbereich und Wärmepumpen in Gebäuden erfordern eine intelligente Verknüpfung von Stromerzeugung und -verbrauch“, sagte Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne).

„Anstatt die Leistung zu drosseln, sollten die Netzbetreiber den Netzausbau vorantreiben und die gefährdeten Netzstränge vorrangig digitalisieren“, forderte Robert Busch, Geschäftsführer des Bundesverbands Neue Energiewirtschaft (bne): „In der Zwischenzeit ist die BNetzA am Zug, lokale Flexibilität zu ermöglichen, damit Probleme erst gar nicht entstehen.“

Im offenen Brief fordert das Verbändebündnis, dass „bei der kurativen Steuerung die zulässige mögliche Abregelung der Leistung zeitlich kumuliert mit einer Obergrenze pro Jahr und Tag begrenzt werden sollte“.

Wie stark die Zweifel an der Zukunft der Stromversorgung Industrie und Versorger umtreiben, erfährt gerade auch das von Robert Habeck geführte Bundeswirtschaftsministerium. In einem an Staatssekretär Patrick Graichen gerichteten Schreiben, über das die FAS zuerst berichtete, warnten 30 Stromnetzbetreiber und Stadtwerke, darunter Eon und EWE, vor einem Streit „zum schlechtmöglichen Zeitpunkt“. Die Verfasser klagen in dem Brief über ein „Ambitionsniveau der Regierung“, das „fast monatlich ehrgeiziger“ werde. Sie zeigten sich nicht in der Lage, mit dem Aufkommen von E-Autos und dem damit wachsenden Ladebedarf in der Infrastruktur mitzuhalten.

Die Bundesregierung hatte zuletzt auf die Vorteile des Eingriffs hingewiesen. Mit der Erlaubnis zur Steuerung des Stromverbrauchs ausgestattete Netzbetreiber sollen künftig verpflichtet werden, Wallboxen und private PV-Anlagen unverzüglich ans Netz anzuschließen. Der Netzbetreiber dürfte den Anschluss nicht mehr mit dem Argument einer möglichen Überlastung der Leitungen ablehnen oder hinauszögern.